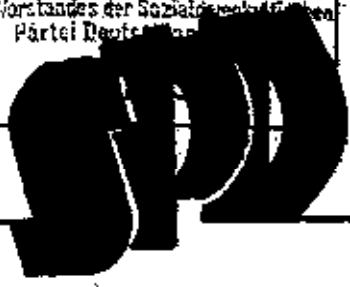


Archiv
des Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

XVII/96 - 7. Mai 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Fast vier Jahre danach</u> Von Paris 1958 nach Athen 1962 Von G. Markscheffel	90
2 - 3	<u>Geheimfonds</u> Erinnerung an Bismarcks Zeiten Von Heinrich G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages	80
4	<u>Die Ostsee ist ein freies Meer</u> Der Besuch des amerikanischen Flotterverbandes in Kiel	50
5 - 6	<u>EWG, Wien und Washington</u> Nachwort zu einer Amerikareise Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Franta	68

* * *
* *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Fast vier Jahre danach

Von Paris 1958 nach Athen 1962

G.M.- Das Kommuniqué der NATO-Tagung von Athen ist - soweit es besonders die Haltung des Westens zur Berlinfrage anbetrifft - eine Bestätigung der Beschlüsse des NATO-Rates vom Dezember 1958 in Paris. Damals, wenige Wochen nach dem ersten Berlin-Ultimatum Chruschtschows, hatte sich der NATO-Rat in einer Sechs-Punkte-Erklärung verpflichtet, bei kommenden Verhandlungen mit Moskau die Berlinfrage nicht isoliert, sondern gemeinsam mit dem Komplex der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Sicherheit zu diskutieren.

Paris 1958

So einfach wie das heute klingt, war damals die Entscheidung der westlichen Verbündeten nicht zustande gekommen. Es gab Bündnispartner, die der Meinung waren, Chruschtschow interessiere sich hauptsächlich für Berlin und man könne deshalb eine Erleichterung für die deutsche Hauptstadt nur dann erreichen, wenn man das Berlin-Ultimatum Moskaus für sich diskutiere. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, hatte seinerzeit, gestützt auf einen einstimmigen Beschluss des Parteivorstandes der SPD, die Kombination Berlin-Deutschlandfrage-Europäische Sicherheit als Verhandlungsthemen den westlichen Alliierten nahegebracht. Auch der damalige Außenminister Heinrich von Brentano schloss sich, nach einigen Zögern, dieser Haltung an.

Genf 1959

Dann fand 1959 in Genf die neun Wochen dauernde Außenministerkonferenz statt, wo man bekanntlich auf der Grundlage des 1958er Beschlusses von Paris Vertretungen der Bundesrepublik und der sogenannten DDR an "Katzentischen" teilnehmen liess und versuchte, alle im Pariser Abschlusskommuniqué vom Dezember 1958 erwähnten und miteinander in Zusammenhang stehenden Probleme zu erörtern.

Nach neun Wochen blieben ein westlicher und ein östlicher Friedensplan in der Luft hängen, und zwischen diesen beiden Plänen hatte man bereits von "Erleichterungen für Berlin" gesprochen. Alle diese Verhandlungspakete wurden zunächst in die Ecke gelegt, weil man wohl das Ergebnis der Präsidentenwahl in USA abwarten und danach ein "Gipfeltreffen" veranstalten wollte.

Paris 1960

Im Mai 1960 traf man sich dann in Paris. Aus Gründen, die heute nur noch den Historiker interessieren, stürzte der Gipfel in den Abgrund und es geschah lange Zeit überhaupt nichts mehr. Über Drohungen, komplizierte Botenwechsel hinweg gelangte man schliesslich bis zum 13. August 1961, dem Tage, an dem Ulbricht die Schandmauer in Berlin errichten durfte.

Während dieser ganzen Zeit sind die diplomatischen und militärischen "Planspiele" auf beiden Seiten mit Eifer vorangetrieben worden, wobei mehrfach der Versuch gemacht wurde, wieder von dem 1958er Beschluss der Pariser NATO-Konferenz herunterzukommen und die Berlinfrage als isolierten Teil der Ost-West-Auseinandersetzung zu verhandeln.

Wir erinnern aus Anlass der Athener NATO-Konferenz an diesen kurzen geschichtlichen Abschnitt der Ost-West-Beziehungen, um deutlich zu machen, wie wichtig die Entscheidung von Athen ist. Allerdings wollen wir auch nicht verhehlen, dass zwischen damals und heute insofern ein Unterschied besteht, als 1958 Frankreich die westliche Marschroute billigte, während es heute mit der platonischen Bemerkung begnügt, man halte in Paris nicht von der Fortsetzung der amerikanisch-sowjetischen Fühlungnahmen zur Lösung sowohl des Berlinproblems wie auch der anderen in Europa zwischen Ost und West anstehenden Meinungsverschiedenheiten.

Die konkreten Beschlüsse von Athen

Was die m i l i t ä r i s c h e Seite der Beschlüsse von Athen anbelangt, so besteht für keine der im Vorfeld der jüngsten NATO-Konferenz im Westen nach dieser oder jener Richtung vorgepreschten Gruppen Grund zum Jubeln oder zum Jammern. Es steht fest, dass die Amerikaner bei ihrer seit Monaten bekannten Haltung geblieben sind: Atomwaffen bleiben ausschliesslich in der Verfügungsgewalt der Amerikaner, und die Entscheidung darüber, ob, wann und wo Atomwaffen eingesetzt werden können, bleibt dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vorbehalten.

Andererseits billigten die USA den übrigen NATO-Partnern einen erweiterten Anspruch auf Informationen bezüglich der Atomwaffenlagerung zu. Sie sind auch bereit, die NATO-Partner vor wichtigen Entscheidungen über den Einsatz von Atomwaffen heranzuziehen.

Unabhängig von dieser gemeinsamen, militärpolitisch ohne Zweifel wichtigen Entscheidung bleibt jedoch der Wunsch der gegenwärtigen französischen Regierung bestehen, die eigene Atomwaffe weiterzuentwickeln und über deren Einsatz a l l e i n zu verfügen. Welche Konsequenzen p o l i t i - s c h e r Art sich aus dieser Haltung Frankreichs ergeben werden, ist noch nicht klar überschaubar. Vielleicht wird man darüber erst mehr erfahren können, wenn Bundeskanzler Adenauer Anfang Juli dieses Jahres seinen gross angekündigten Staatsbesuch in Frankreich antritt ...

Wie zu erwarten war, haben die Ausserminister der USA, Frankreichs und Grossbritanniens im Übrigen noch einmal ihren Willen bekräftigt, in Westberlin zu bleiben und die Zugänge nach Westberlin freizuhalten.

Deutsche Aufgaben

Für die deutsche Politik ergibt sich nach den Beschlüssen von Athen erneut die Aufgabe, einerseits im Rahmen der vertraglich übernommenen Verteidigungsverpflichtungen den angemessenen Beitrag zu leisten, andererseits aber auch politisch wirksam zu werden, um den von den Amerikanern auch in Athen unmissverständlich geäusserten Wunsch zur Fortsetzung einer Entspannungspolitik zwischen West und Ost zu unterstützen.

Es besteht auch gar kein Zweifel darüber, dass man sich in Athen - vielleicht mit Ausnahme des französischen Partners - erneut darüber klar geworden ist, wie gering die Chancen zu einer wirklichen Lösung des Berlin- und Deutschlandproblems bei Fortsetzung einer ausschliesslich auf militärische Überlegungen aufgebauten Ost-West-Politik sind. Diese im Kommuniqué nicht erwähnte Feststellung ergibt sich einfach aus der Tatsache, dass alle NATO-Partner die vorsichtigen Fühlungnahmen zwischen Washington und Moskau begrüsst und deren Fortsetzung billigt. An diesem Grundelement der Beratungen von Athen wird auch nichts geändert, wenn jetzt nachträglich Kommentatoren und Interpreten versuchen sollten, den einen oder anderen Satz des Abschlusskommuniqués so oder so auszulegen.

Geheimfonds

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Der Bundestag hat auch bei der letzten Haushaltsberatung die Anträge der Sozialdemokratischen Opposition auf parlamentarische Kontrolle eines Teils der der Bundesregierung zur Verfügung stehenden Geheimfonds abgelehnt. Es handelt sich um folgende Beträge:

Bundeskanzler und Bundeskanzleramt - zur Verfügung des Bundeskanzlers zu allgemeinen Zwecken -	250 000 DM
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung - zur Verfügung des Bundeskanzlers zur Förderung des In- formationswesens -	13 000 000 DM
Bundesnachrichtendienst	52 497 600 DM
Auswärtiges Amt - geheime Ausgaben	6 000 000 DM
Bundesminister des Innern - für Zwecke des Verfassungsschutzes -	5 500 000 DM
Bundesminister für Verteidigung - für Zwecke des militärischen Ab- schirmdienstes -	1 264 000 DM

Kein Sachverständiger wird bestreiten, dass sich hierunter Ausgaben befinden, die wirklich geheim sind, kein Sachverständiger wird andererseits bestreiten, dass eine parlamentarische Kontrolle wünschenswert ist.

Diese Geheimfonds werden seit Bismarcks Zeiten als "Reptilienfonds" bezeichnet und ihre Verwendung rechtfertigt nicht selten diese Charakterisierung. Es gibt keine haushaltsrechtlichen Bedenken gegen eine politische Kontrolle durch das Parlament. Die Kontrolle der Regierung und ihrer Maßnahmen ist die vornehmste Pflicht und das wichtigste Recht des Parlaments und erst recht der Opposition. Soweit es sich bei der Verwendung der Mittel aus den Geheimfonds um Staatsinteressen handelt, wird niemand grundsätzlich gegen die daraus entspringenden Maßnahmen sein, aber es muss die Garantie dafür gegeben werden, dass Staatsgelder dieser Art nicht für parteipolitische Zwecke, insbesondere für einseitige Propagandamaßnahmen verwendet werden dürfen. Hier genügt die Einschaltung des Bundesrechnungshofes in keiner Weise, hier kann nur das Parlament selbst zur Durchführung der Kontrolle berufen sein.

Es ist natürlich, dass die Regierungsparteien und die ihr dienende Bürokratie den Wunsch nach ungestörter Bewirtschaftung dieser Geheimfonds haben, es ist ebenso natürlich und zudem ein legales Recht, wenn das Parlament wünscht, die Kontrolle durch seine berufenen und vorhandenen Instanzen ausüben zu lassen. Die Mehrheit des Deutschen Bundestages hat auf die Ausübung dieses Kontrollrechts Jahr um Jahr verzichtet. Die sozialdemokratische Opposition und früher auch die Freien Demokraten (FDP) haben dieses Recht Jahr um Jahr beansprucht. Jetzt hat die FDP vergessen, was sie früher verlangte. Es handelt sich - wie der heutige Staatssekretär Professor Dr. Vialon in seinem Buch "Haushaltsrecht" einmal sagte - bei der von Teilen des Parlaments verlangten parlamentarischen Kontrolle nicht um die Aufsicht des Schutzmannes, sondern mehr um die Mitwirkung des verantwortungsvollen Mitarbeiters. "Der Schutzmann ist natürlich auch unerlässlich, aber er kommt regelmässig erst später. Viel wichtiger ist die stete politische Kontrolle beim Zustandekommen und dem Vollzug des Haushaltsplans unter dem Gesichtspunkt der Vollständigkeit und Klarheit dieses Plans sowie des in ihm angestrebten Gleichgewichts". (Vialon, Seite 46.)

Die Sozialdemokraten haben verlangt, dass der Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages mit den Kontrollmaßnahmen betraut würde. Die Mehrheit hat - wie leider seit Jahren schon - abgelehnt. Sie lehnt auch eine parlamentarische Kontrolle durch nur ganz wenige Abgeordnete aller Fraktionen ab. Diese Haltung ist tief bedauerlich.

In Hans Erman "Weltgeschichte auf berlinisch", Verlag für internationalen Kulturaustausch lesen wir unter dem Titel: "Die bössartigen Reptilien" eine Erinnerung an vergangene Tage. Hans Erman schreibt:

"Frankfurt hatte zwei und eine halbe Million Gulden gekostet. Bei der Einverleibung anderer Länder war jedoch Geld in die Staatskasse geflossen, und Bismarck wollte dem Parlament darüber nicht Rechnung legen. Die Opposition behauptete, der Ministerpräsident verwende die Beträge zur Bespitzelung oder auch Bestechung ihrer gefährlicher Journalisten.

Darauf antwortete Bismarck: "... ich glaube, wir verdienen Ihnen Dank, wenn wir uns dazu hergeben, bössartige Reptilien zu verfolgen bis in ihre Höhle hinein, um zu beobachten, was sie treiben".

Der Berliner nannte fortan "Reptil" jeden Journalisten, der im Verdacht enger Beziehung mit der Regierung stand. "Reptilienfonds" heissen noch heute die Gelder, die einer Regierung zur Verfügung stehen, um einen mehr oder weniger starken Einfluss auf die Presse auszuüben."

Liegt heute weniger Grund vor, bössartige Reptilien zu verfolgen, aber nicht im Sinne Bismarcks, sondern im Sinne einer sauberen und klaren Haushaltsführung und einer Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Volksvertretung?

Die Ostsee ist ein freies Meer

sp - Natürlich hat es nicht nur bei den kommunistischen Ostseeanliegern Beachtung gefunden, daß zum ersten Mal ein ganzer amerikanischer Flottenverband unter den Führung des fast 42 000 Tonnen großen Flugzeugträgers "Wasp" in die westliche Ostsee eingelaufen ist. Man kennt die Bestrebungen Russlands seit der Zarerzeit, die Ostsee zu einem russischen Binnenmeer zu machen und weiss, daß die Sowjets - gestützt auf ihre überaus starke baltische Flotte stärker denn je auf dieses Vorrecht pochen.

Auf der anderen Seite ist es aber, wenn sich auch die russisch beherrschte Küste nunmehr bis vor die Tore Lübecks ausdehnt, nach wie vor Tatsache, daß die im nordischen Rat zusammenstehenden Skandinavien, Schweden, Finnland, Dänemark und Norwegen, ein freies Recht zur See als ungeschmälerter Ostseestaaten beanspruchen. Daneben gehört es zur Realität unserer Tage, daß die Bundesrepublik mit Dänemark und Norwegen dem Nato-Pakt angehören - und sich Rußland, Polen und die Sowjetzone im Gegenstück dazu gefunden haben.

Sieht man den Besuch des amerikanischen Flottenverbandes in Kiel, Flensburg und Lübeck in der Zeit vom 4. bis zum 14. Mai vor diesem Hintergrund, so ist es militärpolitisch gesehen eigentlich nichts anderes als die Bekräftigung des Gleichgewicht-Status zwischen West und Ost im Ostseeraum. Dabei sollten dann die ostzonalen Propagandamühlen, die von einer "Anti-Provokation" und einer "Schützenhilfe für Bonns Kriegstreiber" sprechen, nicht zu Ernst genommen werden. Das gehört nun einmal zum Repertoire kommunistischer Propaganda unserer Tage.

Man weiß, daß sowjetische Kleinschiffverbände seit Langem alle Weltmeere ausloten und Feststellungen über gute U-Boot-Verstecke im Schatten natürlicher Radarreflexe oder unter den Meeresschichten mit stark differenzierten Salzgehalten treffen. Einher laufen dann die Übungen der so kräftig gewordenen russischen U-Boots-Rudel im Nordmeer, der Nordsee und dem Atlantik mit dem Übungsziel, die Nachschubwege möglicher Geleitschwader lahm zu legen. Schließlich haben die Amerikaner das Auftauchen russischer U-Boote vor der amerikanischen Küste sogar mit der Feststellung registrieren müssen, daß man hier Übungsmäßig Möglichkeiten für Mittelstreckenraketen sucht.

So ist dann durchaus vertretbar, wenn die Amerikaner mit einem U-Boot-Bekämpfungsgeschwader seit vielen Wochen die U-Boot-Jagd im Atlantik und in der Nordsee üben und das auch auf ihrer Rückfahrt über Oslo und Rejkjavik nach Boston tun werden. Zur Partnerschaft in der Nato gehört es, daß man den verbündeten europäischen Staaten zu verstehen gibt, daß ihr Nachschub über den Atlantik gegen U-Boot-Schwärmer mit modernsten technischen Ausrüstungen geschützt würde.

Das Einlaufen eines amerikanischen U-Jagd-Geschwaders, bestehend aus elf Schiffen, 5 000 Mann Besatzung und fünfzig Flugzeugen, ist nun einmal nicht mit Propaganda-Reden abzutun. Die Ostsee ist ein freies Meer und ihre Ausgänge zeigen nach Westen. Wenn man einen anderen Status der Ostsee will, so ist das nur am Verhandlungstisch zu regeln und dabei würde dann natürlich auch das anteilige Stärkenverhältnis der Flotten in der Ostsee zur Debatte stehen. Dabei weiß man, daß die sowjetrussische Flotte im Ostseeraum heute bei weitem dort die Stärke aller anderen Seestreitkräfte überragt.

EWG, Wien und Washington

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach hat in Begleitung von Außenminister Dr. Bruno Kreisky und Staatssekretär Dr. Ludwig Steiner eine inoffizielle Besuchreise in die Vereinigten Staaten von Amerika unternommen. Die österreichischen Politiker wurden am 3. Mai von Präsident Kennedy empfangen.

Bundeskanzler Dr. Gorbach - zugleich Obmann der Österreichischen Volkspartei - hatte schon geraume Zeit den Wunsch, dem Präsidenten der USA seine Aufwartung zu machen, damit vom Glanz des Mächtigen auch auf ihn etwas fällt. Immerhin war ja der sozialistische Gewerkschaftsbundpräsident Franz Olah im Jänner dieses Jahres von Präsident Kennedy empfangen worden.

Im Hinblick darauf, daß voraussichtlich noch im Herbst 1962 in Österreich Neuwahlen stattfinden werden, zeigte das amerikanische Außenamt keine sonderliche Neigung, einem österreichischen Parteivorsitzenden einzulassen, um nicht den Eindruck zu erwecken, sich für eine der beiden großen Parteien des Landes besonders zu erwärmen. Dem österreichischen Bundeskanzler wurde höflich mitgeteilt, daß bei Präsident Kennedy "kein Termin mehr frei" sei.

Gorbach läßt sich nicht abweisen

Doch Kanzler Gorbach, der einige Wochen zuvor von ihrer Majestät der britischen Königin empfangen worden war und dazu auch den Propagandareferenten der ÖVP mitgenommen hatte, ließ sich nicht so ohne weiteres abweisen, wo es sich um einen Prestigegewinn für sich und seine Partei handelte. Er begnügte sich daher mit einem "inoffiziellen Besuch" und war auf Verlangen der Amerikaner auch bereit, sich vom sozialistischen Außenminister Dr. Bruno Kreisky begleiten zu lassen. Da fügte es sich zum Glück, daß ein südamerikanischer Staatsmann an seiner Pilgerreise nach Washington aus irgendwelchen Gründen verhindert war und seinen Besuch bei Präsident Kennedy absagen mußte. So war dann plötzlich im Terminkalender des US-Präsidenten doch noch etwas für einen österreichischen Regierungschef frei. Besonders würdig war der ganze Vorgang zwar nicht, aber die Russen beeilten sich nun ihrerseits, Dr. Gorbach für den Monat Juni nach Moskau einzuladen.

7. Mai 1962

Wäre der Bundeskanzler, wie er es ursprünglich vorhatte, allein nach Washington gereist, so hätte er vermutlich dort auf gewisse Vorgänge bei einer Betriebsratswahl in der Österreichischen Mineralölverwaltung hingewiesen. Im Zentralbetriebsrat dieses verstaatlichten Großunternehmens hatten sich durch Neuwahlen drei gleichstarke Fraktionen (der ÖVP, SPÖ und KPÖ) ergeben. Nun schien es so als würde durch eine Stimmenthaltung der sozialistischen Zentralbetriebsratsmitglieder ein Kommunist, nämlich Franz Keimisch, zum Zentralbetriebsratsobmann gewählt werden. Noch bevor es dazu gekommen ist, heulte die ÖVP-Presse über diese vermeintliche "Koalition" zwischen SPÖ und KPÖ auf. Mit solchen Fakten hätte nun gerne Dr. Gorbach seine Partei den Amerikanern als österreichische Avantgarde bei der Verteidigung des Abendlandes gegen die Kommunisten empfohlen.

Abgesehen aber, daß es zu dieser Wahl gar nicht gekommen ist und abgesehen davon, daß ja der SF-Außenminister Dr. Kreisky mitfuhr, ergab eine andere Betriebsratswahl, und zwar die der Straßenbahner in Graz, für Dr. Gorbach eine äußerst peinliche Situation: Dort ist es nämlich zu einer Koalition zwischen ÖVP und KPÖ gekommen: Alle Betriebsratsfunktionen wurden - unter Ausschaltung der Sozialisten - zwischen diesen beiden Parteien einvernehmlich aufgeteilt, wobei, wie es in einem Flugblatt an die staunende Belegschaft hieß, die ÖVP- und die KPÖ-Betriebsräte "ihre politische Einstellung in den Hintergrund gestellt" haben.

Assoziation abgelehnt

Mit der ÖVP-Verteidigung des Abendlandes sah es also düster aus. Blieb ein anderes wichtiges Thema: das der "Assoziation" Österreichs an die EWG. Wegen der Neutralität Österreichs ist bekanntlich eine Vollmitgliedschaft zur EWG nicht möglich, aber eine sogenannte Assoziation wurde von Österreich als Lösung angestrebt. Nunmehr haben jedoch Präsident Kennedy und Vizeaußenminister Ball ihrem Besucher Dr. Gorbach unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß eine solche Assoziation wegen der Verwässerung des politischen Konzepts der EWG nicht in Betracht kommt. In Österreich hat die ÖVP immer behauptet, die Sozialisten seien daran schuld, daß noch keine Verbindung zur EWG besteht. Jetzt zeigt sich, daß neben EWG-Präsidenten Dr. Hallstein und neben den Vertretern Frankreichs auch die Amerikaner eine Assoziation Österreichs an die EWG verhindern.